

Antrag Nr.: 0097/2010/AN  
Antragsteller: Aus der Mitte des Gemeinderates  
Antragsdatum: 29.11.2010

## Stadt Heidelberg

Federführung:

Dezernat II, Amt für Liegenschaften

Beteiligung:

Dezernat II, Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH

Betreff:

**Resolution zur Zukunft der  
Städtebauförderung**

# Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	21.12.2010	Ö		

**Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1**

Abbildung des Antrages:

Antrag aus der Mitte des Gemeinderates

Der Gemeinderat möge folgende Resolution beschließen:

### **Resolution zur Zukunft der Städtebauförderung**

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg unterstützt die Forderung der kommunalen Spitzenverbände an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Städtebaufördermittel sowie des Programms „Energieeffizient Bauen und Sanieren“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nicht wie geplant zu kürzen. Angesichts ihrer vielfachen Impuls- und Multiplikationswirkung leisten die Städtebauförderung und die Förderprogramme der KfW einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen, sozialen und umweltfreundlichen Entwicklung in Städten und Gemeinden.

Deshalb appelliert der Gemeinderat der Stadt Heidelberg auch an die Landesregierung Baden-Württemberg, die Finanzhilfen des Landes auf das Altniveau vergangener Jahre aufzustocken, und damit ein deutliches Signal zu senden.

Städtebauförderung muss eine strukturelle und entwicklungspolitische Daueraufgabe des Landes, der Städte und Gemeinden bleiben, flankiert von entsprechenden Bundesmitteln.

### **Begründung**

Der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat am 9. Juni 2010 angekündigt, die Städtebauförderung des Bundes gegenüber dem ursprünglich für 2011 vorgesehenen Ansatz zu halbieren, was negative Auswirkungen für die Stadt- und Wirtschaftsentwicklung mit sich bringen würde. Das Programm „Energieeffizient Bauen und Sanieren“ der KfW soll von 1,35 Mrd Euro auf 437 Mio Euro noch drastischer gekürzt werden.

Der Deutsche Städtetag hebt in seiner Stellungnahme gegen die geplante Kürzung der Bundesfinanzhilfen zur Städtebauförderung vor allem hervor, dass diese Kürzung schädlich wäre, da mit einer Vielzahl von öffentlichen und privaten Aufträgen an die heimische Wirtschaft, die direkt oder indirekt von geförderten Maßnahmen der Stadterneuerung ausgelöst werden, ein stimulierender Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in Städten und Gemeinden geleistet würde.

Die Kürzungen bei den KfW-Förderprogrammen schaden dem Klimaschutz und dem Handwerk. Weniger Altbausanierung bedeutet weniger Aufträge für das Handwerk und mehr Kosten für Hausbesitzer und Mieter sowie mehr CO<sub>2</sub> in der Luft. Wir brauchen in der Region und in Deutschland eine deutliche Steigerung der Sanierungsquote im Altbaubestand.

Da aufgrund der angespannten Haushaltslage eine Kompensierung der ausfallenden Bundesmittel für Länder und Kommunen unmöglich wäre, wendet sich die Resolution gegen die vorgesehenen Kürzung und appelliert an die Landesregierung, die vorgesehenen Landesfinanzhilfen mindestens in der geplanten Höhe zu erhalten.

**gezeichnet Fraktion/AG GAL/HD P&E,  
gezeichnet SPD-Fraktion,  
gezeichnet Fraktionsgemeinschaft Grüne/gen.hd**